

GRUNDFRAGEN EINER MARXISTISCHEN ANALYSE DES CHARAKTERS DER BÜRGERLICHEN PARTEIEN *

von

DIETER FRICKE

Im letzten Jahrzehnt hat die Erforschung der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen in der Deutschen Demokratischen Republik einen bedeutsamen Aufschwung genommen. Es ist dabei immer deutlicher geworden, daß in der Regel kein Historiker, der in der Zeit vom Vormärz bis zur Gegenwart arbeitet, die bürgerlichen Parteien und anderen bürgerlichen Interessenorganisationen bei seinen Forschungen unbeachtet lassen darf. Der Kampf der Parteien ist der „vollendetste, stärkste und klarste Ausdruck des politischen Kampfes der Klassen“¹. Bei der Analyse der Stellung und historischen Entwicklung jeder Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft ist die Erforschung der jeweiligen Partei, von der die Grundinteressen dieser Klasse bzw. dieser Klassengruppe oder Klassenschicht vertreten werden, von entscheidender Bedeutung. Der Klassenkampf ist in der kapitalistischen Ausbeuterordnung die „Triebfeder“ der geschichtlichen Ereignisse und ihr Hintergrund. Der Kampf der Parteien und der anderen Interessenorganisationen der Bourgeoisie muß daher als ein wesentlicher Ausdruck des Klassenkampfes die entsprechende Berücksichtigung finden.

Rosa Luxemburg hat sich einmal über die Illusion der Opportunisten von einer „abstrakten Bourgeoisie“, die im Prinzip durchaus gutwillig wäre, geäußert. Sie wies darauf hin, daß die „leibliche, konkrete Bourgeoisie, mit der wir auf Schritt und Tritt zu tun haben, ... von ganz umgekehrter Beschaffenheit“ ist². Dieser leiblichen, konkreten Bourgeoisie begegnen wir in der Geschichte auch besonders dann, wenn wir die Entwicklung und Tätigkeit ihrer Parteien und ihrer anderen Interessenorganisationen durchleuchten. Die Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderen bürgerlichen Interessenorganisationen in Deutschland schreiben, das bedeutet, daß wir im Sündenregister der deutschen Bourgeoisie ein neues Kapitel aufschlagen, ein Kapitel, das die gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes und seiner Nachbarvölker gerichtete unheilvolle Politik der deutschen imperialistischen Bourgeoisie von der Geschichte ihrer Parteien und Verbände her verdeutlicht.

In der Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland finden wir aber nicht nur Faktoren, die den historischen Prozeß zeitweilig gehemmt haben (wir sind uns darüber klar, daß wir diese im Interesse der zukünftigen ungehemmten Entfaltung des historischen Prozesses gründlich analysieren müssen), sondern wir finden hier ebenfalls Faktoren, die ihn beschleunigten. Und ihre Untersuchung ist ein genauso wichtiges Anliegen unserer Forschung. Wir haben zu zeigen, wie die progressiven Traditionen, die in der Geschichte der bürgerlichen Parteien vorhanden sind, heute in der DDR Wirklichkeit wurden, wie in ihr das Ringen ehrlicher, fortschrittlicher und demokratischer Vertreter der Mittelschichten und des Bürgertums nach einem friedlichen und demokratischen Weg zur Lösung der nationalen Lebensfrage seine Erfüllung gefunden hat.

Die Parteien und Interessenorganisationen der deutschen Bourgeoisie spielten und spielen bei der Verführung großer Teile der Massen im Interesse der kapitalistischen bzw. imperialistischen Ausbeuterordnung eine bedeutsame Rolle. Die Programme und Losungen, mit denen sie die Massen für sich zu gewinnen suchten, sind in ihren wesentlichen Punkten nicht von ihnen verwirklicht worden und konnten auch gar nicht von ihnen verwirklicht werden. Die wissenschaftliche Darstellung der Geschichte der bürgerlichen Parteien ermöglicht es nicht nur, diesen Betrug an den Massen zu entlarven und die Unfähigkeit der deutschen Bourgeoisie zur Führung unserer Nation konkret zu beweisen, sondern sie zeigt damit auch, daß das Gute und Edle, von dem die Volksmassen träumten und das ihnen von den bürgerlichen Parteien vorgegaukelt wurde, heute in der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit geworden ist.

Die bürgerliche Parteiengeschichtsschreibung in der BRD verfolgt – bei aller notwendigen Differenzierung – eine grundsätzlich andere Zielrichtung.³ Das wird bereits von ihrem Ansatz her deutlich. In ihrer überwiegenden Mehrheit negieren die bürgerlichen Historiker und Soziologen den Klassenkampf als Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus. Wird seine Existenz aber anerkannt, so geschieht das nur, um ihn „einzulegen, zu stützen, zu kastrieren“, indem das Wesentlichste, die Frage der Staatsmacht, ausgeklammert wird.⁴ Dementsprechend wird auch das Wesen der Parteien und ihres Kampfes verfälscht. Indem sie die Parteien *außerhalb* der Interessen der verschiedenen Klassen zu erklären suchen, und den objektiven historischen Prozeß und seine Gesetzmäßigkeit negieren, gelangen die bürgerlichen Historiker und Soziologen über die Erkenntnis von Teilwahrheiten nicht hinaus und bleiben letzten Endes im Irrationalen stecken. So ist für Dietrich Bracher der Charakter der modernen Parteien so kompliziert, daß er sich „jeder einfachen soziologischen Erklärung und jeder strikt rationalen Funktionsanalyse entzieht“⁵.

Die angeblich entscheidenden Ursachen für das Wesen und die geschichtliche Entwicklung der Parteien sieht das Gros der bürgerlichen Historiker, wenn auch heute oftmals verfeinert, letzten Endes im Parlamentarismus bzw. in der Form des bürgerlichen Staates. Für Theodor

Schieder ist die Partei „unstreitig eines der eigenartigsten Phänomene der modernen Geschichte . . . , das spezifische Produkt des parlamentarischen Verfassungsstaates mit seinem auf Wahlen und Vertretungskörperschaften beruhenden politischen System.“⁶ Und für Ludwig Bergsträsser „fällt die *Geschichte der politischen Parteien* zusammen mit der *Geschichte des Parlamentarismus*“⁷.

Selbstverständlich spielt der Parlamentarismus für die Parteien eine maßgebliche Rolle. Es ist auch so, daß bei den Wahlen bzw. im Parlament der Klassencharakter der einzelnen Parteien besonders deutlich in Erscheinung treten kann. Indem die bürgerlichen Historiker daraus jedoch das bestimmende Moment für die Geschichte der Parteien machen, bleiben sie an der Oberfläche der Erscheinungen und vermitteln sie ein verzerrtes Bild des objektiven gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses sowie auch der spezifischen Merkmale der Geschichte der bürgerlichen Parteien. Hinzu kommt, daß diese Überbetonung des bürgerlichen Parlamentarismus die ideologische Rechtfertigung für das widerrechtliche Verbot fortschrittlicher Parteien bietet, die infolge des reaktionären Wahlrechts vom Parlament ferngehalten werden. Sobald sie den parlamentarischen Kampf mit außerparlamentarischen Aktionen zur Mobilisierung der „Volksmassen verbinden, setzen sie sich der Gefahr aus, als „totalitäre“ Partei verboten zu werden.

Dem gleichen Ziel dienen auch die bürgerlichen Theorien vom „Gemeinwohl“ bzw. vom Konsens und Dissens. Bisher dominiert bei den bürgerlichen Historikern immer noch die von Wilhelm Grewe 1950 aufgestellte These, daß „als Parteien im Sinne des Verfassungsrechtes nur solche Gruppen“ anerkannt werden dürften, „die ihr Machtstreben am Gemeinwohl zu legitimieren suchen . . . , die ihre Anhänger unter Berufung auf einen bestimmten Plan zur Verwirklichung des Gemeinwohles werben“, die „ihre Politik und ihr Programm am Wohl der Gesamtheit legitimieren“⁸.

Die Identifizierung der Parteien mit dem „Gemeinwohl“, das ist ihre völlige Gleichschaltung mit dem „Gemeinwohl“ der extremreaktionären Kräfte in Westdeutschland.

Die bürgerlichen Historiker stehen in bezug auf die Erforschung der Geschichte der Parteien vor unlöslichen Widersprüchen, die sich aus dem Wesen dieser Parteien als Ausdruck des kapitalistischen Grundwiderspruchs ergeben. Diese Widersprüche in der Parteiengeschichte sollen vor allem auch durch die Theorie von Konsens und Dissens gelöst werden. So sollen der Klassenkampf mit Hilfe der Konsens-Theorie aus der bisherigen Geschichte unserer Epoche verdrängt und die Massen völlig in das staatsmonopolistische Unterdrückungssystem integriert werden. Die Gemeinwohl- und die Konsenstheorie rechtfertigen die wichtigste Funktion, die die bürgerlichen Parteien seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu erfüllen haben: Sie müssen Einfluß unter den Massen gewinnen, um so die Existenz der Monopolbourgeoisie mit zu gewährleisten und zu sichern.⁹

Diesem Zweck dient die These von der Volkspartei, die von den bürgerlichen Historikern von der Parteiengeschichte her maßgeblich gestützt wird. Besondere Aufmerksamkeit widmen sie dabei dem Zentrum, von dem es im neuen „Gebhardt“ heißt: „Das Zentrum vollzog keine einseitige Bindung an einen bestimmten Interessenverband. Es wollte nicht eine bestimmte soziale Gruppe vertreten, sondern den ganzen katholischen Volksteil. So blieb es vor 1914 die einzige Volkspartei, die alle Schichten des Volkes umfaßte, und daher verfolgte es eine Politik des sozialen Ausgleichs“¹⁰.

Diese und ähnliche Thesen können die bürgerlichen Historiker und Soziologen nur dadurch begründen, indem sie Teilwahrheiten überbetonen bzw. verabsolutieren und den Klassenkampf aus der Geschichte eskamotieren. Damit nehmen sie sich jedoch selbst die Möglichkeit, das Wesen der bürgerlichen Parteien und ihre Politik, die durch klassenmäßige Interessen bestimmt werden, wissenschaftlich zu analysieren.

Es ist jedoch nicht leicht, den wissenschaftlichen Nachweis zu führen, daß die Parteien die Interessenvertreter bestimmter Klassen, Klassengruppierungen oder Klassenschichten sind. Das kann durch eine Reihe von Umständen, von denen im folgenden nur die wesentlichsten angedeutet werden sollen, erschwert werden.

* * *

So ist die Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien im Imperialismus mehr und mehr von seiten führender Kreise des Monopolkapitals finanziell ausgehalten worden sind, ein offenes Geheimnis.¹¹ Das ständige Gerede der bürgerlichen Publizisten von „freien Wahlen“ usw. kann nicht einen Augenblick darüber hinwegtäuschen, daß für die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland unter kapitalistischen Bedingungen stets die Feststellung Lenins ohne jede Einschränkung zutrifft: „Die Macht des Kapitals ist alles, die Börse ist alles, das Parlament, die Wahlen aber sind Marionetten, Drahtpuppen . . .“¹² Angesichts der Verschwiegenheit, die von beiden Seiten in der Regel geübt wird, ist es jedoch äußerst schwer, die Beziehungen zwischen dem Monopolkapital und den bürgerlichen Parteien zu erforschen und darzustellen. Die Schwierigkeiten, die sich hier auftun, sind aber nicht unüberwindlich und entheben uns nicht der Pflicht, das *Wesen* dieser Beziehungen an Hand des vorhandenen Materials zu ergründen.

Die westdeutschen bürgerlichen Soziologen klagen zwar vielfach über die durch die Parteifinanzierung hervorgerufene „Entartung“ der Demokratie. Ihre Klagen bleiben aber bedeutungslos, solange von ihnen die Ursachen für diese Erscheinung, die im Wesen des imperialistischen Systems liegen, verdeckt und verfälscht werden. Entweder stellen sie die Parteifinanzierung und die Tätigkeit der Fördergesellschaften als das kleinere Übel hin oder sie negieren die Möglichkeit „jeder wissenschaftlich exakten Untersuchung. Wenn auch durch keinerlei rechtliche Norm geschützt“, heißt es z. B. in einem westdeutschen Handbuch, „so ist doch das Geheimnis, das insbesondere die materiellen Hilfsquellen einer

politischen Partei umgibt, nicht leichter zu durchdringen als das verfassungsmäßig gewährleistete Wahlgeheimnis. Was sich in der Abgeschlossenheit irgendeines Büros unter vier Augen zwischen 'Hintermann' und 'Parteifunktionär' abspielt, bleibt der Öffentlichkeit ebenso verborgen wie die isolierte Haltung des Wählers in der Abgeschlossenheit der Wahlzelle.¹³

Bei der klassenmäßigen Analyse des Charakters und der Politik der bürgerlichen Parteien spielt die dialektische Wechselwirkung von Basis und Überbau eine entscheidende Rolle. Friedrich Engels hat dieser Frage in den letzten Jahren seines Lebens eine besonders große Aufmerksamkeit gewidmet. Er bezeichnete es als eine wesentliche Aufgabe der „materialistischen Methode“, „die politischen Konflikte auf Interessenkämpfe der durch die ökonomische Entwicklung gegebenen, vorgefundenen Gesellschaftsklassen und Klassenfraktionen zurückzuführen und die einzelnen politischen Parteien nachzuweisen als den mehr oder weniger adäquaten politischen Ausdruck dieser selben Klassen und Klassenfraktionen“.¹⁴ Wenn das Wesen der bürgerlichen Parteien primär und entscheidend von der Basis bestimmt wird, so erlaubt das jedoch nicht „die Frage der Klassen mit der Frage der Parteien“ zu vermengen.¹⁵ Das widerspricht grundsätzlich dem Wesen des Marxismus – Leninismus. W. I. Lenin hat mehrfach darauf hingewiesen, daß dieser Umstand unbedingt beachtet werden muß. So fragte er: Wie kann man *Klassen* (liberale Bourgeoisie) mit *Lehren* (Sozialismus) vergleichen und nebeneinanderstellen? *praktische Politik* (Bestrebungen) mit *Anschauungen* (Vorurteile)? Das ist schon mehr als unlogisch. Um in einer taktischen *Plattform* die Logik zu ihrem Recht kommen zu lassen, muß man gegenüberstellen: 1. eine Klasse der anderen, z. B. die liberale Bourgeoisie der demokratischen (oder reaktionären?) Bauernschaft; 2. eine Politik der anderen, z. B. die konterrevolutionäre der revolutionären; 3. die einen Lehren, Anschauungen und Vorurteile anderen Lehren, Anschauungen und Vorurteilen¹⁶.

Damit ist die Frage nach der relativen Selbständigkeit der Parteien gegenüber den hinter ihnen stehenden Klassenkräften aufgeworfen. Auf dieses Problem machte Friedrich Engels bereits in einem Brief an Franz Mehring aufmerksam, wenn er darauf hinwies, daß „ein historisches Moment, sobald es einmal durch andere, schließlich ökonomische Ursachen, in die Welt gesetzt, nun auch reagiert, auf seine Umgebung und selbst seine eignen Ursachen zurückwirken kann“¹⁷. Für die Geschichte der bürgerlichen Parteien und aber auch für die klassenmäßige Analyse ihres Charakters ergeben sich daraus verschiedene Fragen und Schlußfolgerungen, von denen einige im folgednen genannt werden sollen.

Ist es z. B. möglich, im Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklung der bürgerlichen Parteien einen gewissen Prozeß der Zu- oder Abnahme dieser relativen Selbständigkeit festzustellen? Mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nimmt diese relative Selbständigkeit der bürgerlichen Parteien im Prinzip ab, ohne daß sie aber völlig verloren geht. Unter den Bedingungen des staatsmonopolisti-

schen Kapitalismus können sich bürgerliche Parteien und andere Gruppen, die sich in zu starkem Maße gegenüber den objektiven Erfordernissen der Politik der Bourgeoisie verselbständigen, nicht lange halten. Damit ist eine weitere Frage berührt, nämlich die nach dem sog. Beharrungseffekt, der in der Geschichte der bürgerlichen Parteien zeitweilig eine Rolle gespielt hat. Es handelt sich dabei vor allem um die Frage, wie lange es dauert, bis sich die bürgerlichen Parteien auf die objektiven Interessen der hinter ihnen stehenden Klassenkräfte eingestellt haben und ihnen entsprechend handeln. Das kann in Zeiten der revolutionären Krise sehr schnell gehen, wenn wir an die Rolle der bürgerlichen Parteien bei der Rettung des deutschen Imperialismus nach dem ersten Weltkrieg denken. Das kann aber auch, wie z. B. die Umstellung der bürgerlichen Parteien auf die Politik des Imperialismus zeigt, sehr langwierig sein.

Bennigsen empfand die Notwendigkeit einer solchen Umstellung schon sehr deutlich, wenn er am 19. März 1897 im Reichstag erklärte: „In diesem Augenblick ist man überhaupt in Deutschland in einer unruhigen und unsicheren Zeit. Das alte Parteiwesen hat sich bis zu einem gewissen Grade überlebt. Feste Neubildungen haben an die Stelle der alten historischen Parteien noch nicht treten können, — andere große und kleine Interessengruppen sind hinzugekommen, die Interessengegensätze der einzelnen Berufsklassen sind in ungewöhnlicher Weise gesteigert worden und sind in ihren Kämpfen jetzt leidenschaftlicher als früher jemals. Eine weitgehende Verhetzung und Verwirrung in Deutschland ist eingetreten, die sich auch notwendig auf den Reichstag übertragen hat ...“¹⁸

Es dauerte aber noch mehr als zwei Jahrzehnte, bis sich die bürgerlichen Parteien in Deutschland im Prinzip auf die neuen Bedingungen des Klassenkampfes unter den Bedingungen der imperialistischen Epoche eingestellt hatten.

Von den bürgerlichen Ideologen sind die Nachteile dieses Beharrungseffekts für die herrschende Klasse durchaus erkannt worden. So sieht Werner Conze „eine der größten Gefahren für die Funktionsfähigkeit des deutschen Parteiwesens“ in ihrer „Starrheit in Prinzipien und Ideologien“. Sie seien daher „von Anbeginn mehr oder weniger kompromißfeindlich und damit wirklichkeitsunsicher“ gewesen.¹⁹

Wenn hier die Frage nach dem Beharrungseffekt gestellt wird, darf natürlich auch die nach einer möglichen gewissen Voraussicht durch die bürgerlichen Parteien nicht fehlen. Es gab auch historische Situationen — es sei hier an die Frühgeschichte der bürgerlichen Parteien erinnert —, wo sie den hinter ihnen stehenden Klassenkräften in der Entwicklung voraus waren, weil in den Parteien oder parteiähnlichen Zusammenschlüssen die fortgeschrittensten Kräfte vereinigt waren.

Die Partei kann sich von ihrer Klasse in bezug auf die klassenmäßige Zusammensetzung ihrer Mitglieder, ja sogar die soziale Herkunft ihrer Führer wesentlich unterscheiden, und dennoch wird sie in jeder Weise die Interessen dieser Klasse vertreten. Karl Marx hob einmal hervor, daß die demokratischen Repräsentanten des Kleinbürgertums nicht alle

Krämer, „shopkeepers sind oder für dieselben schwärmen. Sie können ihrer Bildung und ihrer individuellen Lage nahe himmelweit von ihnen getrennt sein. Was sie zu Vertretern des Kleinbürgers macht, ist, daß sie im Kopfe nicht über die Schranken hinauskommen, worüber jener nicht im Leben hinauskommt, daß sie daher zu denselben Aufgaben und Lösungen theoretisch getrieben werden, wohin jenen das materielle Leben und die gesellschaftliche Lage praktisch treiben. Dies ist überhaupt das Verhältnis der *politischen* und *literarischen* Vertreter einer Klasse zu der Klasse, die sie vertreten.“²⁰

Wir sehen also, daß dieses Verhältnis zwischen den politischen Vertretern einer Klasse und dieser Klasse selbst sehr kompliziert und schwer durchschaubar sein kann. Hinzu kommt, daß sich die Bourgeoisie unter den Bedingungen des Kapitalismus, wie Lenin betonte, „zur Verteidigung beliebiger Anschauungen . . . eine beliebige Anzahl von Advokaten, Schriftstellern, ja selbst Deputierten, Professoren, Pfaffen und so weiter 'dingen' oder kaufen oder heranziehen“ kann. „Wir leben in einer Zeit des Handelns, in der die Bourgeoisie sich nicht geniert, auch mit der Ehre und mit dem Gewissen Handel zu treiben. Es gibt auch einfältige Menschen, die aus Unverständnis oder blinder Gewohnheit die in einem bestimmten bürgerlichen Milieu herrschenden Anschauungen verteidigen.“ Lenin bezeichnete es daher als nicht so wichtig, „wer unmittelbar bestimmte Anschauungen vertritt. Wichtig ist, *wem* nützen diese Anschauungen, diese Vorschläge, diese Maßnahmen“²¹.

Bei der Bestimmung des Charakters einer bürgerlichen Partei und einzelner ihrer Maßnahmen wird die Frage „Wem nützt es?“ eine entscheidende Hilfe sein. Ihre Beantwortung ermöglicht es auch, eine weitere Schwierigkeit bei der klassenmäßigen Analyse der bürgerlichen Parteien zu überwinden. Sie besteht darin, daß ihr wahrer Charakter durch ein scheinbares Chaos von Erklärungen, Forderungen und Programmen, von Zufälligem, Willkürlichem und Phrasenhaftem verdeckt ist.²² Das ist vor allem auf folgende Ursachen zurückzuführen:

1. Im Gegensatz zur Arbeiterklasse betrieben und betreiben die herrschenden Ausbeuterklassen, weil sie sich nicht von den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung leiten lassen, eine spontane Politik, so daß sich die Wirklichkeit in ihrem Bewußtsein falsch und verzerrt widerspiegelt. Das hat natürlich auch seine Auswirkungen auf die Handlungen und Erklärungen der bürgerlichen Parteien.

2. Die Formulierung der politischen Grundaufgaben ist bei der Bourgeoisie stets mit „innerer Unbeständigkeit und Verlogenheit“ verbunden.²³ Als Ausbeuterklasse und als niedergehende Klasse ist die Bourgeoisie in besonderem Maße gezwungen, ihre reaktionären Klasseninteressen demagogisch und scheinheilig als allgemeine Interessen auszugeben.

3. Infolge der Zwitterstellung der Mittelschichten, die scheinbar außerhalb des direkten Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat stehen, wird bei den Parteien, die ihre ökonomischen und politischen Interessen vertreten, die Illusion genährt, außer oder über den Klassen zu stehen.²⁴

Der wahre Charakter einer Partei wird in den überwiegenden Fällen bereits bei der Wahl ihres Namens zu kaschieren versucht, um so die Massen irrezuführen. Karl Marx wies darauf hin, daß die englischen Tories 1846 mit ihrem Protest gegen die Abschaffung der Kornzölle die reale Basis ihrer Partei in Gestalt der materiellen Klasseninteressen enthüllt hätten. „Das Jahr 1846“, schrieb er, „verwandelte die Tories in Protektionisten. Tory, das war ihr geweihter Name, Protektionist ihr profaner; Tory, das war ihr politischer Kampfruf, Protektionist, ihr ökonomischer Notschrei; hinter dem Tory schien eine Idee, ein Prinzip zu stehen, hinter dem Protektionisten aber steht ein Interesse.“²⁵

Lenin hat einmal die Reklame, die alle bürgerlichen Parteien für sich machen, treffend mit der Geschäftsreklame der Kapitalisten verglichen. Während sich jedoch das Publikum an die letztere gewöhnt und sie durchschaut hätte, würde die politische Reklame unvergleichlich mehr Menschen verwirren, ihre Entlarvung weitaus schwieriger sein und der Betrug für eine viel längere Dauer vorhalten.²⁶

Die innere Umbeständigkeit und Verlogenheit der Formulierung der politischen Grundaufgaben steigert sich vor allem in Zeiten politischer Krisen. Charakteristisch hierfür sind z. B. die Bemühungen der 1917 gegründeten Deutschen Vaterlandspartei, die Massen durch eine angebliche Abkehr von der Parteipolitik und Hinwendung zum „Vaterland“ für die annexionistische Siegfriedenspolitik des deutschen Imperialismus und Militarismus zu gewinnen. Vorschläge für den Namen der neuen Partei wie „Hindenburgpartei“, „Bismarckpartei“, „Bismarckbund gegen den Parteihader im Kriege“ u.a.²⁷ wurden daher bezeichnenderweise im Interesse der „Zusammenfassung aller *vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der politischen Parteistellung*“²⁸ verworfen. Die Deutsche Vaterlandspartei hat die angebliche Überparteilichkeit, mit der sie die Massen anzulocken versuchte, bald durch ihre eigene Praxis selbst widerlegt.

Als politische Interessenvertreterin der extremsten Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus fand sie zwar deren lebhafteste Zustimmung²⁹; von den bürgerlichen Parteien, die eine andere taktische Linie vertraten, wurde sie jedoch im Parlament und im politischen Tageskampf beföhdet, obwohl sie auch bei diesen über eine z. T. große Anhängerschaft verfügte. So wurden die Bestrebungen der Vaterlandspartei vom überwiegenden Teil der adligen Mitglieder des Zentrums unterstützt.³⁰ Auf die Frage, ob ein Zentrumsmann der Vaterlandspartei angehören dürfe, gab der Kaplan Schopen folgende Antwort: „Selbstverständlich! ein Zentrumsabgeordneter steht ja an der Spitze der rheinischen Vaterlandspartei. Zahlreiche Geistliche, sogar Mitglieder verschiedener Domkapitel, gehören ihr an. Sie hält ihre Versammlungen vielerorts in katholischen Vereins- und Gesellenhäusern, die von der Geistlichkeit bereitwilligst zur Verfügung gestellt werden. Geistliche selbst betätigen sich als Redner, Tausende von Zentrumswählern nennen sich ihre Mitglieder und viele von ihnen werben eifrig in Stadt und Land. Die Haltung der 'Kölnischen Volkszeitung' ist der DVP günstiger als die mancher anderer

großen Zeitungen des Rheinlandes. Sie hat sich niemals an einer entstehenden Hetze gegen die DVP beteiligt.“³¹

Für die Erforschung und Darstellung der Geschichte der bürgerlichen Parteien können ihre Programme, Erklärungen und Forderungen wichtige Quellen sein. Diese Dokumente besitzen vielfach eine große Aussagekraft. Ihr Wert darf allerdings auch nicht überschätzt werden, wie das in einer Reihe bürgerlicher Quellensammlungen zur Parteiengeschichte geschieht.³²

In Worten wird von den meisten bürgerlichen Historikern mehr oder weniger anerkannt, daß die Aussagekraft der Programme und programmatischen Erklärungen der bürgerlichen Parteien Grenzen hat. Sigmund Neumann hob z. B. schon 1932 richtig hervor, daß die Tagespublizistik im Gegensatz zum Parteiprogramm eine wachsende Bedeutung bei der Beeinflussung der Anhängerschaft einer Partei erhalten hätte.³³ Und auch Wilhelm Mommsen warnte zur gleichen Zeit davor, Parteiprogramme und ähnliche Dokumente zu überschätzen. Er bezeichnete sie als den „Mantel, der das soziale und politische Interesse und vielfach gerade die Brüchigkeit der Ideologie verdeckt.“³⁴ In seiner Quellenedition der deutschen Parteiprogramme³⁵ ist er darum bemüht, „die rein programmatischen Dokumente durch grundlegende Hinweise einiger führender Persönlichkeiten zu ergänzen.“³⁶ Aber auch hier werden die Parteiprogramme und ähnliche Quellen überbewertet. Die eigenen einschränkenden Bemerkungen und die anderer bürgerlicher Historiker bleiben letzten Endes unberücksichtigt. Das ist darauf zurückzuführen, daß sie an der Oberfläche des historischen Prozesses bleiben. In erster Linie kommt es darauf an, aus dem Chaos von Erklärungen und Versprechungen die „politische Physiognomie“ und das *wahre* politische Programm³⁷ der Klasse zu entdecken, die diese Partei interessenmäßig vertritt. Das ist aber nur möglich, wenn die *wirkliche* Geschichte der bürgerlichen Parteien studiert, d.h., wenn entsprechend den Hinweisen Lenins untersucht wird, „was sie *tun*, wie sie bei der Entscheidung der verschiedenen politischen Fragen handeln, wie sie sich in den Fragen *verhalten*, die die Lebensinteressen der verschiedenen Klassen der Gesellschaft berühren.“³⁸

Die klassenmäßige Analyse der bürgerlichen Parteien wird ebenfalls durch die Tatsache erschwert, daß alle Grenzen sowohl in der Natur als auch in der Gesellschaft relativ und nicht absolut sind.³⁹ Übergangsformen und Schwankungen der bürgerlichen Parteien und politischen Gruppierungen, die zunächst scheinbar in das Klassengefüge des jeweiligen kapitalistischen Systems nicht eingeordnet werden können, sind daher nicht selten.⁴⁰ Das trifft in besonderem Maße für die Parteien in den Ländern zu, in denen der Kapitalismus ungenügend entwickelt und eine reaktionäre politische Situation vorhanden ist. So war die Klassenteilung als der tiefste Untergrund der politischen Gruppierung in Rußland, wie Lenin 1903 feststellte, lange Zeit durch die politische Rechtlosigkeit des Volkes und durch die Herrschaft der Bürokratie sehr stark verdunkelt.⁴¹ Je größer dagegen die politische Freiheit in einem Lande ist, um so klarer kommt der klassenmäßige Untergrund der politischen Parteien

zum Ausdruck. Am klarsten aber zeigt er sich in jedem Lande in der Zeit tiefer Krisen oder Revolutionen, in denen „alle Phrasen, alles Kleinliche, Angeschwemmte“ hinweggefegt werden.⁴²

In solchen Situationen ist es auch wesentlich leichter, die Vielfalt der unwichtigen Splitterparteien, die z. T. nur formal als Parteien auftreten, während politische Richtungen viel wichtiger sein können⁴³, auf ihre Grundtypen zurückzuführen. Dadurch wird es vielfach erst möglich, die „Klassennatur“ der Parteien zu erkennen. Lenin war stets darum bemüht, eine solche Reduzierung auf Grundtypen oder Hauptgruppen vorzunehmen.⁴⁴ So kam Lenin auf Grund einer eingehenden Analyse der Reichstagswahlen von 1912 zu der Feststellung, daß sich in Deutschland vor 1914 vier Gruppen von politischen Parteien klar herausheben:

„1. Die Sozialdemokraten – die einzige wirklich fortschrittliche und im besten Sinne 'volkstümliche' Massenpartei der Lohnarbeiter ...;

2. die 'Fortschrittliche Volkspartei' – eine kleinbürgerliche demokratische Partei ...;

3. die 'Nationalliberalen' – die Partei der Großbourgeoisie ...;

4. alle konservativen Parteien, die Parteien der erzreaktionären Gutsbesitzer, der Klerikalen, der reaktionären Kleinbürger und Bauern (Antisemiten, 'Zentrum', d.h. Katholiken, die eigentlich Konservativen, Polen usw.).“⁴⁵

Bestimmte bürgerliche Parteien, die vor allem die Interessen der Zwischenschichten vertreten, scheinen mit keiner Klasse der kapitalistischen Gesellschaft verbunden zu sein und – wie im zaristischen Rußland z. B. zeitweilig die Partei der Kadetten⁴⁶ – zwischen dem demokratischen Kleinbürgertum und den konterrevolutionären Elementen der Großbourgeoisie hin- und herzuschwanken. Die Illusion, über den oder außerhalb der Klassen zu stehen, ist für alle bürgerlich-demokratischen Parteien in der Zeit des Kampfes gegen Feudalismus und Absolutismus charakteristisch. „Versuche oder krampfhaft Bemühungen“, bemerkte Lenin hierzu, „verschiedene Klassen in 'einer Partei' zu umfassen sind gerade für den bürgerlichen Demokratismus derjenigen Epoche kennzeichnend, wo dieser seinen Hauptfeind hinten und nicht vorn sehen mußte, in den Fronherren und nicht im Proletariat.“⁴⁷

Vom ersten Tage der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 an traten solche Illusionen wie die vom Nichtvorhandensein der Klassengegensätze in allen kleinbürgerlichen republikanischen Parteien, die in den revolutionären Ereignissen eine einigermaßen bedeutende Rolle gespielt hatten, deutlich in Erscheinung.⁴⁸ In ihrer vernichtenden Kritik am Manifest des Zentralaussschusses der Europäischen Demokratie „An die Völker“ vom 22. Juli 1850 hoben Karl Marx und Friedrich Engels hervor, daß die Phrasen „Fortschritt – Assoziation – Moralgesetz – Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit – Assoziation – Familie, Gemeinde, Staat – Heiligkeit des Eigentums – Kredit – Erziehung – Gott und Volk – Dio e Popolo ... in allen Manifesten der 1848er Revolutionen, von der französischen bis zur walachischen“, figurieren würden.⁴⁹ Hinter dem Schein der Versöhnung der Interessen aller Parteien

und den anderen Illusionen und Phrasen verbarg sich, wie sie betonten, „nur die Herrschaft des Interesses einer Partei – der Bourgeoispartei.“⁵⁰

Diese Erscheinung ist aber auch bei den kleinbürgerlichen Parteien in den Perioden nach der Revolution von 1848/49 deutlich erkennbar, so daß zwischen ihnen – und vor allem auch zwischen den Liberalen und den Demokraten – gar keine Unterschiede zu bestehen schienen.⁵¹ Entgegen ihren Illusionen von der Möglichkeit einer Verschmelzung der verschiedenen Klassen und manchmal auch „entgegen der Erkenntnis einzelner ihrer Mitglieder“ werden diese Parteien aber immer wieder durch „den Gang der Ereignisse“ zu der Klasse oder Schicht gedrängt, deren Interessen sie tatsächlich vertreten.⁵²

Die Methoden des bürgerlichen Parlamentarismus dienen der Bourgeoisie vor allem auch dazu, das Volk zu betrügen.⁵³ Dennoch stellen die Wahlen, die Zusammensetzung des Parlaments und das Auftreten der Parteien bei den Wahlen und im Parlament eine gute Möglichkeit dar, die klassenmäßigen Wurzeln der Parteien aufzudecken. So sah Lenin 1912 die Hauptaufgabe der Wahlkampagne der Bolschewiki darin, „das Volk darüber *aufzuklären*, worin das *Wesen* der verschiedenen politischen Parteien beschlossen liegt, *wer wofür* eintritt, von welchen wirklichen Lebensinteressen sich diese oder jene Partei leiten läßt, welche *Klassen* der Gesellschaft sich hinter diesem oder jenem Aushängeschild verbergen.“⁵⁴ Und in seinem Brief an die österreichischen Kommunisten vom August 1920 wies er darauf hin, daß sich die Beziehungen zwischen den bürgerlichen Parteien und Fraktionen besonders im Parlament immer öfter enthüllen und die Beziehungen zwischen allen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft widerspiegeln.⁵⁵

Lenin sah durchaus den begrenzten Wert solcher Untersuchungen. Selbst im idealsten bürgerlichen Parlament mußte, wie er betonte, stets ein künstliches Mißverhältnis zwischen der wirklichen Kraft der verschiedensten Klassen und der Anzahl ihrer parlamentarischen Vertreter bestehen. Während die bürgerlich-liberale Intelligenz überall in den Parlamenten hundertmal stärker hervortritt als sie in Wirklichkeit ist, erscheinen die breiten demokratischen kleinbürgerlichen Schichten in bezug auf ihre parlamentarische Vertretung als ganz unbedeutend.⁵⁶ Welche Bedeutung dennoch eine wissenschaftliche Analyse der Wahlen und der Zusammensetzung des Parlaments haben kann, zeigen die bereits erwähnten Schlußfolgerungen, die Lenin aus den Materialien des Statistischen Reichsamtes über die Reichstagswahlen von 1912 zog.⁵⁷

Die Erforschung des bürgerlichen Parlamentarismus darf daher in keiner Weise vernachlässigt werden. Das eingehende Studium des reaktionären Wesens des bürgerlichen Parlamentarismus und seiner historischen Entwicklung, der Wahlen zum Reichstag und zu den Länderparlamenten, der Beziehungen zwischen den Wählern und den bürgerlichen Parteien, der Rolle des Parlaments als „Arena des Klassenkampfes“⁵⁸, der unterschiedlichen und mehrfach wechselnden Stellung einzelner Teile der Bourgeoisie und ihrer Parteien zum Parlamentarismus und vieler anderer Fragen wird maßgeblich helfen können, die Geschichte der

bürgerlichen Parteien noch umfassender und tiefgründiger zu erforschen und darzustellen. Dabei dürften die Bemühungen um eine wahlgeschichtliche Forschung sehr aufmerksam zu verfolgen sein.

Die Tatsache, daß bei den Wahlen bzw. im Parlament der Klassencharakter der einzelnen Parteien besonders deutlich in Erscheinung treten kann, wird von den bürgerlichen Historikern und Soziologen in das bestimmende Moment der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Parteien umgewertet. Damit bleiben sie aber an der Oberfläche der Erscheinungen und vermitteln ein subjektivistisches, gefälschtes Bild des objektiven gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses sowie auch der spezifischen Merkmale der Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland.

In jeder geschichtlichen Epoche gibt es, nach Lenin, „wie bisher so auch künftig einzelne Teilbewegungen bald vorwärts, bald rückwärts, gibt es wie bisher so auch künftig verschiedene Abweichungen vom Durchschnittstypus und vom Durchschnittstempo der Bewegungen“⁵⁹. Wenn wir, wie es die bürgerliche Historiographie und Soziologie tut, den komplizierten Prozeß der geschichtlichen Entwicklung der bürgerlichen Parteien primär vom Parlamentarismus oder von der Verfassung herleiten würden, wird uns das nur in die Irre führen. Eine wissenschaftliche Untersuchung der Geschichte der bürgerlichen Parteien und ihres Wesens setzt die Kenntnis der Grundzüge der entsprechenden Epoche voraus. Wir müssen wissen, *welche* Klasse im Mittelpunkt dieser oder jener Epoche steht und ihren wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung, die wichtigsten Besonderheiten der geschichtlichen Situation in der jeweiligen Epoche usw. bestimmt“⁶⁰.

Im Ergebnis seiner Analyse der deutschen Wahlstatistik von 1912 kam Lenin zu der Schlußfolgerung, daß im „bürgerlichen“ Deutschland, in einem Lande des sich besonders schnell entwickelnden Kapitalismus, mehr als 60 Jahre nach der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 „die Parteien der Gutsbesitzer und Klerikalen und nicht die rein bürgerlichen politischen Parteien“ herrschten.⁶¹ Die wichtigste Ursache für diese Erscheinung sah Lenin, wobei er sich auf Karl Marx berief, in den „Lakaiendiensten“, die die deutsche Bourgeoisie den Gutsbesitzern und Klerikalen leistete, seitdem sie sich 1848/49 aus Angst vor dem Proletariat von der Demokratie abgewandt und die Freiheit, die von ihr früher verteidigt worden war, „schändlich“ verraten hatte.⁶² Diese entscheidende Besonderheit der geschichtlichen Entwicklung der bürgerlichen Parteien in Deutschland führte Lenin also auf die Frage nach der geschichtlichen Entwicklung und dem Charakter einer der beiden Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft zurück. Von daher konnte er sie dann auch wissenschaftlich beantworten.

Für den westdeutschen bürgerlichen Historiker Werner Conze gibt es in der Entwicklung der Parteien vor 1933 auch ein „historisches Problem“. Conze sieht es vor allem in der „vom Vormärz bis zu Hitler unge lösten Frage der deutschen Verfassung, in der die zahlreichen und weithin kompromißfeindlichen Parteien eine Rolle gespielt haben, die auf Grund

der gegebenen Bedingungen oft genug unglücklich oder gar verhängnisvoll gewesen ist“⁶³. Conze leitet daraus die geschichtliche „Lehre“ ab, daß die Parteien sich konstitutionell einordnen müßten.⁶⁴ Nachdem sie in der Vergangenheit zur Entstehung des Gegensatzes zwischen „Staat und Gesellschaft“ wesentlich beigetragen hätten, müßten sie heute in Westdeutschland als „Medien zwischen Bürgern und Regierung“ die entgegengesetzte Funktion erfüllen. Befriedigt stellt er fest, daß diese „Eingewöhnung in den gegebenen Staat ... Fortschritte“ machen würde.⁶⁵

Die Frage nach den Ursachen für die Besonderheit der geschichtlichen Entwicklung der bürgerlichen Parteien in Deutschland besitzt also keine abstrakt-theoretische, sondern eine eminent politische Bedeutung. Mit der Überbetonung des Parlamentarismus und der bürgerlichen Staatsform versuchen Conze und seinesgleichen nicht nur die völlige „Gleichschaltung“ der bürgerlichen Parteien in Westdeutschland und das Vorgehen gegenüber jeder echten oppositionellen Partei ideologisch zu rechtfertigen, sondern sie tarnen damit gleichzeitig die Diktatur des Monopolkapitals.

Kehren wir aber zur Frage zurück, wodurch der Klassencharakter der bürgerlichen Parteien noch verdunkelt werden könnte! Ebenso wenig wie die dialektischen, wechselseitigen Beziehungen zwischen Partei und Klasse aus dem Auge verloren werden dürfen, darf verkannt werden, „daß außer den Klassenunterschieden auch andere Unterschiede, z. B. religiöse, nationale usw. auf die Bildung von Parteien Einfluß haben“ können.⁶⁶

Im wilhelminischen Kaiserreich stellte das Zentrum, wie Friedrich Engels 1890 schrieb, eine „nicht auf rein ökonomischer Basis“ beruhende Parteibildung dar.⁶⁷ Das Zentrum war zunächst in erster Linie keine konfessionelle, wie die bürgerliche Historiographie behauptet, sondern eine spezifisch antipreußische Partei, die eine große Zahl preußenfeindlicher Elemente als „künstlich zusammengehaltene Sammelsurium von entgegengesetzten Richtungen“⁶⁸ in sich vereinigte. „Die Macht des Zentrums“, schrieb Friedrich Engels, „aber lag weit weniger in der katholischen Religion als darin, daß es die Antipathien der Volksmassen gegen das jetzt die Herrschaft über Deutschland beanspruchende spezifische Preußentum vertrat“⁶⁹.

Bezeichnenderweise hat die Führung der Zentrumspartei diesem Umstand durchaus Rechnung getragen. Obwohl sie doch gerade in der Zeit des Kulturkampfes einen schweren Stand hatte und jeden Bundesgenossen benötigte, enthielt sie sich eines einseitigen Bekenntnisses zur katholischen Kirche, indem sie nicht an den Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands von 1871, 1872 und 1875–1877 teilnahm. Erst als sich mit den Kissinger Verhandlungen vom Juli 1878 zwischen Bismarck und dem päpstlichen Nuntius Masella das Ende des Kulturkampfes abzeichnete und die Zentrumsführung befürchten mußte, daß sie dabei vom Vatikan geopfert werden könnte, erschien sie mit Ludwig Windthorst auf der Aachener Generalversammlung der Katholiken vom

September 1879 und bekannte sich ostentativ zum Papst und zur Einheit aller Katholiken.⁷⁰

Mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus wandelte sich auch der Charakter des Zentrums. In Deutschland orientierte sich die imperialistische Bourgeoisie mehr und mehr auf das reaktionäre Zentrum, das aus einer Oppositionspartei gegen das Bismarcksche Preußen-Deutschlands zu einer festen Stütze des sich entfaltenden deutschen Imperialismus wurde.⁷¹ Seit 1893 konnte die Regierung ihre Forderungen nach einer verstärkten Kriegsrüstung auf Kosten der sozialen und ökonomischen Lage der Volksmassen im Reichstag vor allem dank der tatkräftigen Hilfe dieser Partei durchpeitschen. Das Zentrum war, wie eines seiner führenden Mitglieder 1907 im Reichstag erklärte, zu einer „Partei der nationalen Mitarbeit“ geworden⁷², d.h. zu einer *konservativen* Partei⁷³ der Großbourgeoisie und der Großagrarien.

Diese Eigenschaft wurde mehr und mehr auch von den extremreaktionären Klassenkräften im wilhelminischen Kaiserreich anerkannt. Während Bismarck besonders in den siebziger Jahren das Zentrum als die „schwarze Gefahr“ für ebenso gefährlich hielt wie die „rote“, d.h. die Sozialdemokratie, und während Wilhelm II. noch am Ende des 19. Jh. beide Parteien für „bald reif“ hielt, „samt und sonders gehenkt zu werden“⁷⁴, bahnten sich seit dem Beginn des imperialistischen Stadiums in einem sehr widerspruchsvollen Prozeß Beziehungen zwischen den Konservativen und dem Zentrum an, die vor 1914 ihren Ausdruck im schwarz-blauen Block fanden.

Innerhalb des Zentrums selbst war seit dem Abflauen des Kulturkampfes mehr und mehr eine ausgeprägte antisozialistische Grundhaltung an die Stelle des Preußenhasses getreten, während seine konfessionellen Merkmale und die heterogene klassenmäßige Zusammensetzung der Mitgliedschaft auch unter den Beziehungen des Imperialismus im Prinzip erhalten blieben. Lenin kennzeichnete das Zentrum 1903 als eine mächtige Partei, die ihren „ungleichartigen (und im allgemeinen unbedingt antiproletarischen) Klasseninhalt mit konfessionellen Merkmalen verhüllt“⁷⁵. Im Zentrum befanden sich sowohl Angehörige der Großbourgeoisie als auch des Kleinbürgertums und des Proletariats. Wie keine andere bürgerliche Partei verfügte es über eine breite und „*verhältnismäßig stabile Massenbasis*“⁷⁶ in Gestalt zahlreicher kirchlicher und berufsständischer Organisationen.

August Bebel hat die Entwicklung des Zentrums ständig sehr aufmerksam verfolgt, wobei ihm die starke Zunahme der antisozialistischen Tendenzen in dieser Partei als besonders charakteristisch erschien. „Das Zentrum“, schrieb er am 8. Januar 1911 an Victor Adler, „ist jetzt zu jeder Niederträchtigkeit gegen uns bereit, selbst die Rücksicht auf seine Arbeiter hält es nicht mehr zurück. Es rechnet mit der Tatsache, daß diese auf die Dauer doch nicht bei ihm zu halten sind, und da will es um jeden Preis unsere Aktionsfähigkeit unterbinden.“⁷⁷

Keine andere Partei der deutschen Großbourgeoisie war so gut geeignet, den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft zu vertuschen und Teile des Proletariats und der Werktätigen mit Hilfe des Katholizismus an sich zu binden, wie diese, die dafür auch die entsprechende Ideologie und Organisation besaß. „Diesem Ziel dient in ideologischer Hinsicht“, bemerkte Ernst Thälmann 1932, „unter anderem ihr Charakter als sogenannte weltanschauliche Partei, das heißt die *konfessionelle Bindung*. Aus demselben Grunde ist es für das Zentrum notwendig, im Aufbau seiner Organisationen zusammengehörige Klassen zu *zerreißen* und mit ihnen klassenmäßig feindlichen Schichten zusammenzukoppeln. Diesem Prinzip dient der Aufbau der Zentrumsorganisationen nach *berufsständischen* Grundsätzen. Hierin drückt sich bereits die Annäherung an die faschistischen Phrasen vom Ständestaat aus.“⁷⁸ Diese Eigenschaften sind es vor allem, die das Zentrum unter den Bedingungen der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution zur führenden Partei der deutschen Bourgeoisie werden ließen. Für Werner Conze spielte das Zentrum bereits vor dem ersten Weltkrieg eine besondere Rolle, weil es allein ihm damals gelang, „die bei den Parteien angeblich vorhandene „Diskrepanz von Ideologie und Wirklichkeit“ zu überwinden und seinen „einträglichen Frieden mit Reich und Staat“ zu schließen.“⁷⁹ Conze lobt also das Zentrum, weil es sich schon so früh mit dem deutschen Imperialismus und Militarismus verständigte und sich in seine Dienste stellte. Der westdeutsche Historiker Karl Buchheim stößt in das gleiche Horn, wenn er hervorhebt, welche Bedeutung das Zentrum infolge seiner Massenbasis bei der Rettung der Macht der deutschen Imperialisten und Militaristen nach der Novemberrevolution von 1918 hatte. „Ohne die Verwurzelung des Zentrums im katholischen Teil der deutschen Wähler“, schreibt er, „hätte die Weimarer Nationalversammlung, wie sich aus der Wahlstatistik ergibt, eine sozialistische Mehrheit bekommen; und wer weiß, ob es dann den gemäßigten Führern der Sozialdemokratie gelungen wäre, die drohende sozialrevolutionäre Entwicklung, auf die Lenin wartete, zu bremsen.“⁸⁰

Das Zentrum und die westdeutsche CDU/CSU unterscheiden sich in einer Reihe grundlegender Fragen voneinander und dürfen nicht schematisch miteinander identifiziert werden. Trotz der vorhandenen Unterschiede muß dennoch der Entlarvung des verhüllten Klassencharakters des Zentrums als antiproletarische Partei der katholischen Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes besonders große Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil sie es erst ermöglicht, das reaktionäre Wesen der CDU/CSU vollinhaltlich zu erfassen.

Bei ihren Versuchen, den reaktionären Klassencharakter der Zentrumspartei und damit letzten Endes auch der CDU/CSU in den einer Volkspartei umzufälschen, bedienen sich die westdeutschen bürgerlichen Historiker und Soziologen der unwissenschaftlichen These, daß der Charakter einer Partei entscheidend durch die soziale Zusammensetzung ihrer Mitglieder bestimmt werden würde. In der Tat ist es aber so, daß

dafür in erster Linie die Frage maßgebend ist, „wer sie führt und was der Inhalt ihrer Aktionen und ihrer politischen Tätigkeit ist“⁸¹.

Friedrich Engels hat die Bourgeoisie einmal als eine Armee von Offizieren ohne Soldaten bezeichnet.⁸² Diese Bemerkung trifft auch für die bürgerlichen Parteien zu. Die meisten westdeutschen bürgerlichen Parteien sind, nach den Worten Abendroths, „ein Konglomerat aus Berufspolitikern, die im Wahlkampf Mandate erringen wollen, und Bürokraten, die für diese Berufspolitiker eine ständige Verbindung zu jenen Sozialschichten herstellen, die ihren Wahlkampf finanzieren und gleichzeitig die Bearbeitung der Wähler zugunsten der Partei übernehmen“⁸³. Um ihre Macht behaupten zu können, muß die Bourgeoisie bemüht sein, unter den Massen eine gewisse Basis zu erlangen. Selbst die reaktionärste bürgerliche Partei ist gezwungen, wie Lenin betont, „in diesen oder jenen Grenzen an das Volk zu appellieren“⁸⁴. In der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus wird der Zwang, Masseneinfluß zu gewinnen, zu einem entscheidenden Wesenszug der bürgerlichen Parteien. Nur so können sie der Aufgabe gerecht werden, die sie und andere Interessenorganisationen sowohl bei der Verschleierung als auch beim Funktionieren des imperialistischen Herrschaftssystems haben. Es braucht die Parteien als angebliche Mittler zwischen dem Volk und dem imperialistischen Staat. In unserer Epoche sind in der Regel nur noch die Parteien für die Monopolbourgeoisie wertvoll, die Einfluß auf die Massen haben.

Im Vergleich zum zaristischen Rußland waren in Deutschland als einem Land des hochentwickelten Kapitalismus gewisse bürgerliche Rechte und Freiheiten vorhanden, die dem Kampf der Volksmassen zu verdanken waren.⁸⁵ Diese besondere Situation führte dazu, daß die reaktionären bürgerlichen Parteien schon im wilhelminischen Kaiserreich bestrebt sein mußten, die Arbeiter und die kleinbürgerlichen Schichten zu demoralisieren und in ihren Organisationen zusammenzufassen. „Ist die Staatsordnung demokratisiert“, schrieb Lenin 1913 in bezug auf die Verhältnisse in Deutschland, „so müssen die Kapitalisten in den Massen Stützpunkte suchen, und dafür ist es erforderlich, sie unter den Losungen des Klerikalismus (der Schwarzhunderterreaktion und der Religion), des Nationalismus, Chauvinismus usw. zu organisieren.“⁸⁶

Eine wichtige Aufgabe besteht also darin zu untersuchen, auf welche Art und Weise die bürgerlichen Parteien in den Massen Stützpunkte gesucht und gefunden haben und wie sie ihre Methoden den jeweiligen konkreten Bedingungen des Klassenkampfes anpaßten. Lenin hat immer wieder auf die tausendfachen raffinierten Methoden der westeuropäischen und auch der deutschen Bourgeoisie zur Unterdrückung des Volkes hingewiesen. Er hob hervor, „daß die Herrschaft der bürgerlichen Parteien zum großen Teil auf Betrug beruht, mit dem sie breite Schichten der Bevölkerung irreführt ...“⁸⁷ Auch sein Hinweis, „daß es für alle bürgerlichen Parteien, die die Arbeiter beeinflussen wollen, sehr vorteilhaft ist, mit einem linken Flügel zu paradien (besonders, wenn er nicht offiziell ist)“⁸⁸, stellt die Forschung vor eine große Aufgabe. Weiterhin

ist zu untersuchen, wie die soziale Zusammensetzung der Mitglieder der bürgerlichen Parteien und ihrer Wähler bzw. der mit ihnen jeweils Sympathisierenden war, welche Organisationsformen von ihnen vornehmlich benutzt wurden usw.

Der organisatorische Einfluß der bürgerlichen Parteien auf die Massen ist durch eine Reihe von Faktoren begrenzt. So wird die soziale Basis der Macht der Monopolbourgeoisie gesetzmäßig objektiv immer enger. Durch das Ringen der revolutionären Kräfte in der Arbeiterbewegung um die Gewinnung der Werttätigen für den gemeinsamen Kampf um Demokratie und Sozialismus wird der Einfluß der bürgerlichen Parteien auf die Massen entscheidend eingeschränkt. Es kommt überhaupt darauf an, gründlich zu beachten, daß der revolutionäre Klassenkampf auf die Politik der bürgerlichen Parteien einen entscheidenden Einfluß ausüben kann. Er verändert zwar zunächst nicht ihr Wesen, aber er ist in der Lage, sie maßgeblich zu modifizieren und vor allem auch ihre Massenwirksamkeit bedeutend einzuschränken. Die Entwicklung der bürgerlichen Parteien in Deutschland bis 1917/18 ist z. B. im Zusammenhang mit der revolutionären Arbeiterbewegung u.a. durch folgende Momente gekennzeichnet.

1. Durch das beispiellose Wachstum der deutschen Arbeiterbewegung in die Breite wurde das Mitglieder- und Wählerreservoir bestimmter bürgerlicher Parteien zeitweilig, vor allem vor dem ersten Weltkrieg, sehr eingeschränkt. Das trifft nicht so sehr für die Konservativen zu, als mehr für die Liberalen, deren Einfluß auf die Massen in dem Maße immer kleiner wurde, in dem die sozialistische Arbeiterbewegung größer und mächtiger wurde. Lenin hat 1907 den Kampf der deutschen Sozialdemokratie für die Befreiung der Massen vom Einfluß der Liberalen als vorbildlich hingestellt. „Die deutschen Sozialdemokraten suchten z. B. in Berlin jahrzehntelang den Einfluß der Liberalen auf die breiten Massen der Bevölkerung zunichte zu machen und haben ihn auch zunichte gemacht.“⁸⁹ Am Kampf der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung sind in erster Linie alle Versuche gescheitert, den Liberalismus in einen sog. Sozialliberalismus umzuwandeln.

2. Die Stärke der revolutionären Arbeiterbewegung förderte in besonderem Maße die gegenseitige Annäherung aller Bourgeois der verschiedenen Schattierungen und damit auch ihrer Parteien gegen den gemeinsamen proletarischen Klassengegnern.⁹⁰

3. Für die Frühzeit der geschichtlichen Entwicklung der bürgerlichen Parteien muß besonders der Hinweis Lenins beachtet werden, daß das selbständige Auftreten des Proletariats und der fortgeschrittenen Elemente der bürgerlichen Demokratie die reaktionären Klassen auf die „ernste Notwendigkeit einer selbständigen Klassenorganisation“ eindringlich aufmerksam machte, daß sie, sobald das Proletariat von der politischen Freiheit Gebrauch zu machen beginnt, „nach einer selbständigen und offenen Organisation trachten“⁹¹.

Dieser Hinweis Lenins besitzt in Deutschland nicht nur für die Anfänge der Geschichte der bürgerlichen Parteien Gültigkeit. Die bür-

gerlichen Parteien und Verbände sind in ihrem Streben nach Organisation und bei deren Ausbau immer wieder durch das Beispiel der revolutionären Arbeiterbewegung angestachelt worden.

4. Auf die Stärke der revolutionären Arbeiterbewegung ist es auch zurückzuführen, daß bestimmte bürgerliche Parteien besonders intensive Anstrengungen unternahmen, bürgerliche Arbeiterorganisationen bzw. andere Massenorganisationen zu schaffen, die für die reaktionären Kräfte in anderen kapitalistischen Ländern zum Vorbild wurden.

5. Von der Stärke der revolutionären marxistischen Kräfte hing es entscheidend ab, ob fortschrittliche und demokratische Mitglieder bürgerlicher Parteien sich von dem Einfluß der imperialistischen Führungselite lösten und ihren Weg konsequent fortsetzten.

Diese wenigen Beispiele machen bereits deutlich, daß es unerlässlich ist, sowohl die Geschichte der Arbeiterbewegung als auch die der bürgerlichen Parteien in ihrem dialektischen Wechselverhältnis aufzufassen, wobei es gleichzeitig aber auch erforderlich ist, stets den grundsätzlichen Gegensatz zu beachten, der zwischen einer proletarischen und einer bürgerlichen Partei besteht.

Die Grenzen des Einflusses der bürgerlichen Parteien auf die Massen werden in der BRD auch am sog. Antiparteienaffekt sichtbar, d.h. mit dem wachsenden Desinteresse und Unbehagen der Massen an den Parteien. Seit längerer Zeit erscheint in der BRD eine wachsende Zahl von Arbeitern bürgerlicher Historiker und Soziologen, die sich an die verschiedensten Schichten der Bevölkerung wenden und bis auf wenige Ausnahmen darum bemüht sind, die Funktion des westdeutschen Parteiensystems aus der Vergangenheit her zu rechtfertigen bzw. sie noch wirksamer zu gestalten. Das zunächst scheinbar Paradoxe ist, daß sie ein Parteiensystem als die einzig mögliche Lösung hinstellen, mit dessen praktischer Tätigkeit sie selbst zumeist gar nicht einverstanden sind. Im allgemeinen sprechen sich die westdeutschen bürgerlichen Historiker und Soziologen sehr unzufrieden über die Rolle aus, die die bürgerlichen Parteien heute in Westdeutschland spielen. Sie können das Gefühl der tiefen Abneigung nicht einfach ignorieren, das in großen Teilen der westdeutschen Bevölkerung sowohl in bezug auf den Bonner Staat als auch auf die bürgerlichen Parteien vorhanden ist. Ludwig Bergsträsser stellte z.B. 1951 fest: „... wir haben bei uns allgemein verbreitet die Auffassung, daß Parteien eine scheußliche und nichtswürdige Einrichtung seien“⁹².

Seitdem ist der sog. Antiparteienaffekt in Westdeutschland nicht etwa schwächer geworden, sondern er hat, wofür ungezählte Äußerungen zeugen, mehr und mehr zugenommen. Heute gehören in Westdeutschland nur etwa drei Prozent der Wahlberechtigten einer Partei an. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß es sich bei den meisten von ihnen um nominelle Mitglieder handelt. „Ist jemand trotz allem einer Partei beigetreten“, heißt es in einer 1960 erschienenen westdeutschen Schrift, „so trachtet er oft danach, diesen Umstand nicht bekannt werden zu lassen“⁹³. Und der westdeutsche Staatsrechtler Thomas Ellwein muß in seinem Werk über das „Regierungssystem in der Bundesrepublik Deutsch-

land“ resignierend feststellen, daß die Macht der Parteien nicht in gleichem Maße ihrer öffentlichen Anerkennung entspricht. „Die Bevölkerung nimmt die Parteien hin, hängt aber – was allgemein bekannt ist – noch weitgehend Vorstellungen von Staat und Politik an, in denen die Parteien eine vorwiegend negative Rolle haben“⁹⁴.

Das Problem des Antiparteienaffekts und seiner Ursachen ist so vielschichtig, daß es hier nicht erschöpfend behandelt werden kann. Die bürgerlichen Historiker und Soziologen sind nicht in der Lage, seine wahren Ursachen zu ergründen, solange sie das klassenmäßige Wesen der bürgerlichen Parteien und ihrer Politik negieren. Sie beschränken sich in der Regel nur auf vage Andeutungen oder auf subjektive, zweit- und drittrangige Momente.

Es wäre jedoch falsch, den Einfluß der bürgerlichen Parteien auf die Massen zu unterschätzen. Seiner gesetzmäßigen Einengung wirken einige Faktoren entgegen, die unter bestimmten historischen Umständen zeitweilig sehr stark werden können. So hat das Treiben der Opportunisten in der deutschen Arbeiterbewegung mit dazu geführt, daß die Bestrebungen der bürgerlichen Parteien, in den Massen Stützpunkte zu finden, nicht ohne Erfolg geblieben sind. Die bürgerlichen Parteien sind weiterhin darum bemüht, durch ökonomische, kulturelle, religiöse, sportliche u.ä. Verbände, die mehr oder weniger offen unter ihrer Führung stehen, die Massen *indirekt* zu organisieren.

An der Zersplitterung der deutschen Arbeiterklasse „in mehrere Ideologien“⁹⁵ haben die bürgerlichen Parteien mit ihren Gewerkschaften und ähnlichen Organisationen maßgeblichen Anteil gehabt. Es darf nicht übersehen werden, daß am Vorabend des ersten Weltkrieges fast eine Million Arbeiter in bürgerlichen Arbeiterverbänden organisiert waren⁹⁶, und zwar, um nur die wichtigsten Organisationen zu nennen, im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften 342 785, im Verband katholischer Arbeitervereine (Berliner Richtung) 124 253, in den Deutschen Gewerkvereinen (Hirsch-Duncker) 106 618 und in den gelben Arbeiterorganisationen (Werkvereine, „Vaterländische“ Vereine usw.) 280 002.⁹⁷

Besonders deutlich kommt der Einfluß der bürgerlichen Parteien auf die Massen in den christlichen Organisationen der verschiedensten Art zum Ausdruck, die mehr oder weniger direkt mit dem Zentrum verbunden waren. „... heute folgen Hunderttausende von Arbeitern dem sich 'demokratisch' gebärdenden katholischen 'Zentrum'“, stellte Lenin 1914 fest.⁹⁸ Die größte dieser Organisationen, der „Volksverein für das katholische Deutschland“, war wenige Wochen nach dem Sozialistengesetz unter einer unmißverständlich antisozialistischen Zielsetzung gegründet worden.⁹⁹ Der Volksverein, der im Geschäftsjahr 1913/14 immerhin 805 478 Mitglieder zählte, entfaltete eine fieberhafte Tätigkeit zur Beeinflussung der Massen im Sinne des Klerikalismus. Seine Zentrale in München-Gladbach war u.a. in Ressorts für Organisations- und Agitationswesen, für Agrarfragen, Mittelstandsfragen, Arbeiterfragen, für apologetische, sozialetische und pädagogische Aufgaben eingeteilt. Von hier aus wurden neben sog. volkswirtschaftlichen Kursen Spezial-

kurse für Geistliche, Handwerker, Kaufleute, Landwirte, Beamte, Lehrer, Techniker usw. durchgeführt. Bis 1914 verbreitete der Volksverein rund 36 Millionen Flugblätter mit sozialpolitischem, 13 Millionen mit apologetischem, 38 Millionen mit agitatorischen und 5 Millionen mit sonstigem Inhalt. Eine wichtige Rolle spielten auch die Volksversammlungen, von denen im Geschäftsjahr 1913/14 2 873 durchgeführt wurden.¹⁰⁰

In der Agitation des Volksvereins hat das Bekenntnis zur Zentrums-partei und die Werbung für sie eine bedeutende Rolle gespielt. „... unsere altbewährte Zentrums-partei...“, erklärte einer seiner Führer 1901, „muß fortbestehen, heute erst recht! Und daß sie fortbesteht, dafür will der Volksverein sorgen. Das Volk will er politisch schulen, durch Versammlungen und Schriften seine Liebe zur Partei erhalten; die Vertrauens-männer und Geschäftsführer des Volksvereins sollen mehr sein als Boten, welche die Vereinsschrift überbringen, sie sollen politische Führer des Volkes, Agitatoren für die gute Sache des Zentrums sein...“¹⁰¹

Aber auch in den anderen bürgerlichen Parteien und Organisationen waren die Massen unter den Mitgliedern sehr stark vertreten. Im „Bund der Landwirte“, der ausschließlich die Interessen der Großagrarien verfolgte, machten diese im Jahre 1900 noch nicht einmal ein Prozent der Mitglieder aus. Zehn Jahre später befanden sich unter den 330 000 Mitgliedern mehr als 290 000 Kleinbauern und noch nicht 1 800 Großgrundbesitzer. Obwohl die Junker diese z. T. sehr vagen Angaben zur Verschleierung des Klassencharakters der völlig von ihnen beherrschten Organisation benutzten, vermitteln sie dennoch einen Einblick in die uns interessierende Problematik.

* * *

Damit ist eine Reihe von Problemen dargelegt worden, die die klassenmäßige Analyse des Charakters der bürgerlichen Parteien betreffen. Die Geschichtswissenschaft der DDR hat eine Reihe von ihnen bereits zu beantworten versucht.¹⁰² Dabei hat sich mehr und mehr gezeigt, daß eine vergleichende marxistische Parteiengeschichte unerlässlich ist. Es wäre daher sehr zu begrüßen, wenn dieser Beitrag Anlaß zu einem weiteren, vertieften Erfahrungsaustausch über die hier aufgeworfenen und andere Fragen einer marxistischen Parteiengeschichte zwischen den Historikern der DDR und der Ungarischen Volksrepublik im Interesse ihrer vertieften Zusammenarbeit auf diesem Gebiet sein könnte.

ANMERKUNGEN

* Überarbeitetes Manuskript eines Vortrages, den der Vf. im Oktober 1970 in Budapest an der Eötvös-Loránd-Universität und am Historischen Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften gehalten hat. Das Manuskript stützt sich vor allem auf folgende Beiträge des Vf.: Die bürgerlichen Parteien und die Lebensfragen der deutschen Nation. Zur Erforschung und Darstellung der Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 1963, H. 1, S. 29–77, und Methodologische Probleme der Geschichte der bürgerlichen Parteien, in: ZfG, 1965, H. 2, S. 189–208. Außerdem sei verwiesen auf: Die bürgerlichen Partei

- in Deutschland 1830–1945. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen. Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke. Bd. 1, Leipzig 1968, Bd. 2, Leipzig 1970.
- ¹ W. I. Lenin, Sozialistische Partei und parteiloser Revolutionismus, in: Werke, Bd. 10, Berlin 1959, S. 65.
 - ² Rosa Luxemburg, Bürgerliche Arbeiterschuttkongresse und die Sozialdemokratie, in: Die Neue Zeit, 1899/1900, Bd. 2.
 - ³ Vgl. hierzu Dieter Fricke, Zur Geschichte der bürgerlichen Parteien, in: Unbewältigte Vergangenheit. Handbuch zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung, Berlin 1970, S. 255–262, und ders., Neuere westdeutsche Literatur zur Geschichte des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Parteien in Deutschland. Teil I. In: ZfG, 1966, H. 7, S. 1221–1231, Teil II in: ebenda, 1967, H. 1, S. 144–153, Teil III in: ebenda, 1968, H. 6, S. 785–799, u. Teil IV in: ebenda, 1969, H. 11, S. 1457–1470.
 - ⁴ Vgl. W. I. Lenin, Über die liberale und die marxistische Auffassung vom Klassenkampf. In: Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 106.
 - ⁵ Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. 2. verb. und erw. Aufl. Stuttgart und Düsseldorf 1957, S. 68.
 - ⁶ Theodor Schieder, Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus. In: Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, München 1958, S. 110.
 - ⁷ Ludwig Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 8. u. 9. völlig neubearb. Aufl., München 1955, S. 14.
 - ⁸ Wilhelm Grewe, Zum Begriff der politischen Partei. In: Um Recht und Gerechtigkeit, Festgabe für Erich Kaufmann, Stuttgart und Köln 1950, S. 78 u. 82 passim. Vgl. hierzu, auch L. Bergsträsser, a.a.O., 11. Aufl., S. 13.
 - ⁹ Vgl. Dieter Fricke, O roli buržuaznych v Zapadnoj Germanii, in: Ezegodnik germanskoi istorii 1968, Moskau 1969, S. 434–454.
 - ¹⁰ Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 3, 8. Aufl., Stuttgart 1960, S. 280.
 - ¹¹ Vgl. hierzu u.a. Dieter Fricke, Der deutsche Imperialismus und die Reichstagswahlen von 1907, in: ZfG, 1961, H. 3, S. 538–576 und ders., Zur Finanzierung der bürgerlichen Parteien in Westdeutschland durch das Monopolkapital, in: WZ Jena, 1960/61, H. 4, S. 497–505.
 - ¹² W. I. Lenin, Über den Staat, Berlin 1948, S. 23.
 - ¹³ Friedrich August Frhr. von der Heydte und Karl Sackert, Soziologie der deutschen Parteien, München 1955, S. 346.
 - ¹⁴ Friedrich Engels, Einleitung zu Karl Marx „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 510.
 - ¹⁵ W. I. Lenin, Das Kampfziel des Proletariats in unserer Revolution, in: Werke, Bd. 15, S. 372.
 - ¹⁶ W. I. Lenin, Die taktische Plattform der Menschewiki, in: Werke, Bd. 12, Berlin 1959, S. 245 f.
 - ¹⁷ Friedrich Engels an 14. Juli 1893 an Franz Mehring, in: Marx/Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 550.
 - ¹⁸ Stenographische Berichte der Verhandlungen des Reichstags. X. Legislaturperiode IV. Session 1895/97, Bd. 7, S. 5178.
 - ¹⁹ Werner Conze, Die deutschen Parteien in der Staatsverfassung vor 1933, in: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 9.
 - ²⁰ Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 142.
 - ²¹ W. I. Lenin, „Wem nützt es?“, in: Ders., Über Kultur und Kunst, Berlin 1960, S. 173.
 - ²² Vgl. W. I. Lenin, Revolutionärer Kampf und liberales Maklertum, in: Ders., Werke, Bd. 8, Berlin 1958, S. 486.
 - ²³ Vgl. W. I. Lenin, Revolutionärer Kampf und liberales Maklertum, a.a.O., S. 489.
 - ²⁴ Vgl. hierzu W. I. Lenin, Liberalismus und Demokratie, in: Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 557 und 570.
 - ²⁵ Karl Marx, Die Wahlen in England – Tories und Whigs, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 8, a.a.O., S. 337.

- ²⁶ Vgl. *W. I. Lenin*, Die politischen Parteien in Rußland, in: Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 29.
- ²⁷ Vgl. hierzu *Karl Wortmann*, Geschichte der deutschen Vaterlandspartei, Halle 1926, S. 28.
- ²⁸ Gründungsaufwurf der Deutschen Vaterlandspartei vom 2. September 1917, ebenda, S. 30.
- ²⁹ Vgl. z. B. *Graf Westarp*, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, Bd. 2: Von 1914 bis 1918, Berlin 1935, S. 622 f.
- ³⁰ Vgl. *Matthias Erzberger*, Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart und Berlin 1920, S. 269.
- ³¹ *Kaplan Schopen*, Das wahre Gesicht der Vaterlandspartei, Berlin 1918, S. 5.
- ³² Vgl. z. B. *Wolfgang Treue*, Deutsche Parteiprogramme 1861–1961, 3. erw. Aufl., Göttingen 1961.
- ³³ Vgl. *S. Neumann*, Die Deutschen Parteien, a.a.O., S. 108.
- ³⁴ *Wilhelm Mommsen*, Zur Methodik der deutschen Parteigeschichte, in: Historische Zeitschrift, Bd. 147, S. 59.
- ³⁵ *Wilhelm Mommsen*, Deutsche Parteiprogramme. Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 1, München 1960. Vgl. hierzu unsere Bemerkungen in der Deutschen Literaturzeitung, 1962, H. 6, S. 526 f.
- ³⁶ Ebenda, S. 5.
- ³⁷ Vgl. *W. I. Lenin*, Revolutionärer Kampf und liberales Maklertum, a.a.O., S. 486.
- ³⁸ *W. I. Lenin*, Die politischen Parteien in Rußland, a.a.O., S. 30.
- ³⁹ Vgl. *W. I. Lenin*, Unter fremder Flagge, in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 135.
- ⁴⁰ Vgl. *W. I. Lenin*, Die Wahlkampagne zur IV. Reichsduma, in: Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 359.
- ⁴¹ Vgl. *W. I. Lenin*, Die Aufgaben der revolutionären Jugend, a.a.O., S. 33.
- ⁴² *W. I. Lenin*, Die politischen Parteien in Rußland, a.a.O., S. 30.
- ⁴³ Vgl. *W. I. Lenin*, Versuch einer Klassifizierung der russischen politischen Parteien, in: Werke, Bd. 11, Berlin 1958, S. 216.
- ⁴⁴ Vgl. z. B. *W. I. Lenin*, Werke, Bd. 10, Berlin 1959, S. 150 f., und Bd. 12, Berlin 1959, S. 479.
- ⁴⁵ *W. I. Lenin*, Die neuesten Angaben über die Parteien in Deutschland, in: Werke, Bd. 19, S. 258 f.
- ⁴⁶ Vgl. *W. I. Lenin*, Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei, in: Werke, Bd. 10, Berlin 1958, S. 209.
- ⁴⁷ *W. I. Lenin*, Liberalismus und Demokratie, a.a.O., S. 567.
- ⁴⁸ Vgl. *W. I. Lenin*, Zur Einschätzung der russischen Revolution, in: Werke, Bd. 15, Berlin 1962, S. 40 f.
- ⁴⁹ *Karl Marx/Friedrich Engels*, Revue. Mai bis Oktober 1850, in: Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S. 462.
- ⁵⁰ Ebenda, S. 461.
- ⁵¹ Vgl. *W. I. Lenin*, Liberalismus und Demokratie, a.a.O., S. 562.
- ⁵² Vgl. ebenda, S. 568.
- ⁵³ Vgl. *W. I. Lenin*, Ein Brief an Sylvia Pankhurst, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 553.
- ⁵⁴ *W. I. Lenin*, Liberalismus und Demokratie, a.a.O., S. 561.
- ⁵⁵ *W. I. Lenin*, Brief an die österreichischen Kommunisten, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 257 f.
- ⁵⁶ Vgl. *W. I. Lenin*, Zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage, in: Werke, Bd. 15, Berlin 1962, S. 272.
- ⁵⁷ Vgl. *W. I. Lenin*, Die neuesten Angaben über die Parteien in Deutschland, a.a.O., S. 259 ff.
- ⁵⁸ *W. I. Lenin*, Rede über den Parlamentarismus auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, in: Werke, Bd. 31, a.a.O., S. 244.
- ⁵⁹ *W. I. Lenin*, Unter fremder Flagge, in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 134.
- ⁶⁰ Ebenda.
- ⁶¹ Vgl. *W. I. Lenin*, Die neuesten Angaben über die Parteien in Deutschland, a.a.O., S. 260 f.
- ⁶² Ebenda, S. 261.

- ⁶³ Werner Conze, Die deutschen Parteien in der Staatsverfassung vor 1933, in: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 27.
- ⁶⁴ Vgl. W. Conze, Nachwort zu dem von ihm herausgegebenen Neudruck von: Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 2. Aufl., Stuttgart (1958), S. 400.
- ⁶⁵ Vgl. ebenda, S. 401–404 passim.
- ⁶⁶ W. I. Lenin, Die Trudowiki und die Arbeiterdemokratie, in: Werke, Bd. 18, S. 24.
- ⁶⁷ Friedrich Engels am 17. 2. 1890 an August Bebel, in: F. Engels, Briefe an Bebel, Berlin 1958, S. 167.
- ⁶⁸ Friedrich Engels am 11. 11. 1884 an Eduard Bernstein, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 36, Berlin 1967, S. 233.
- ⁶⁹ Friedrich Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 461.
- ⁷⁰ Vgl. Josef May, Geschichte der Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands 1848 bis 1903, Köln 1904, S. 258 ff.
- ⁷¹ Vgl. Ernst Thälmann, Das Zentrum, die führende Partei der deutschen Bourgeoisie, in: Die Internationale, 1932, H. 1, S. 11.
- ⁷² Vgl. die Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Hertling am 4. 3. 1907 im Reichstag, in: Verhandlungen des Reichstags, XII. Legislaturperiode, 1. Session, Bd. 227, S. 221.
- ⁷³ Vgl. W. I. Lenin, Die neuesten Angaben über die Parteien in Deutschland, a.a.O. S. 259.
- ⁷⁴ Vgl. seinen Brief vom 7. 2. 1895 an den Zaren, in: Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894 bis 1914. Hrsg. von W. Goetz, Berlin 1920, S. 8.
- ⁷⁵ W. I. Lenin, Die Aufgaben der revolutionären Jugend, a.a.O., S. 33.
- ⁷⁶ Ernst Thälmann, Das Zentrum, die führende Partei der deutschen Bourgeoisie, a.a.O., S. 12.
- ⁷⁷ Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954, S. 522.
- ⁷⁸ Ernst Thälmann, Das Zentrum, die führende Partei der deutschen Bourgeoisie, a. a. O. S. 12 f.
- ⁷⁹ W. Conze, Die deutschen Parteien in der Staatsverfassung vor 1933, a.a.O., S. 14.
- ⁸⁰ Karl Buchheim, Windthorst in heutiger Sicht, in: Rheinischer Merkur, 12. 1. 1962.
- ⁸¹ W. I. Lenin, II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Rede über die Zugehörigkeit der britischen Arbeiterpartei, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 247.
- ⁸² Friedrich Engels, Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 56.
- ⁸³ W. Abendroth, Warum Parteiprogramme?, in: Die Neue Gesellschaft, 1956, S. 283.
- ⁸⁴ W. I. Lenin, Die politischen Parteien in Rußland, a.a.O., S. 34.
- ⁸⁵ W. I. Lenin, der auf diese Tatsache aufmerksam macht, hat damit nur den relativen Unterschied zwischen Preußendeutschland und dem zaristischen Rußland hervorheben wollen. Für ihn gab es „nicht den geringsten Zweifel, daß das englische und französische Regime viel demokratischer ist als das preußische, viel günstiger für den Kampf der Arbeiterklasse, viel höher steht, gemessen am Grad des Absterbens der mittelalterlichen Institutionen, die den wichtigsten und wirklichen Gegner der Arbeiterklasse vor ihr verdecken“ (W. I. Lenin, Über alte, doch ewig neue Wahrheiten, a.a.O., S. 197).
- ⁸⁶ W. I. Lenin, Die Organisierung der Massen durch die deutschen Katholiken, Werke, Bd. 36, S. 218.
- ⁸⁷ W. I. Lenin, Die Wahl und die Diktatur des Proletariats, in: Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 263.
- ⁸⁸ W. I. Lenin, Was weiter? in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 102.
- ⁸⁹ W. I. Lenin, Der V. Parteitag der SDAPR. Schlußwort zum Referat über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien, in: Werke, Bd. 12, S. 476.
- ⁹⁰ Vgl. W. I. Lenin, Zündstoff in der Weltpolitik, in: Werke, Bd. 15, S. 181.
- ⁹¹ W. I. Lenin, Klassen und Parteien in ihrem Verhältnis zu Religion und Kirche, in: Werke, Bd. 15, S. 419.
- ⁹² Ludwig Bergsträsser, Die Problematik des deutschen Liberalismus, München 1951, S. 3.
- ⁹³ Wolfgang Kratelski, Unser Staat und die Macht der Parteien. = Freiheit und Ordnung. Soziale Fragen der Gegenwart, H. 16, Mannheim 1960, S. 3.

- ⁹⁴ *Thomas Ellwein*, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Köln und Opladen 1963, S. 71.
- ⁹⁵ Vgl. *W. I. Lenin*, Was tun? in: Werke, Bd. 5, Berlin 1955, S. 397.
- ⁹⁶ Die sozialdemokratischen Gewerkschaften zählten zu dieser Zeit 2 573 718 Mitglieder.
- ⁹⁷ Vgl. hierzu und zum folgenden: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland 1830 – 1945, Bd. 1 und 2.
- ⁹⁸ *W. I. Lenin*, Nachwort zum Sammelband „Marxismus und Liquidatorentum“, in: Werke, Bd. 20, Berlin 1961, S. 267.
- ⁹⁹ Vgl. *Paul Siebertz*, Politisch-soziales ABC-Buch, Stuttgart 1900, S. 609.
- ¹⁰⁰ Vgl. u.a. *J. Maerfeld*, Die deutsche Zentrumsparlei, Berlin 1918, S. 67, und *Joseph Joos*, Der Volksverein für das katholische Deutschland, München – Gladbach 1914.
- ¹⁰¹ Rede des Sekretärs des Volksvereins Brauns in Krefeld am 6. Sept. 1901, in: Soziale Vorträge. Hrsg. vom Volksverein für das katholische Deutschland, H. 3, München – Gladbach 1908, S. 29.
- ¹⁰² Vgl. Forschungen zur Geschichte der bürgerlichen Parteien, in: Historische Forschungen in der DDR. 1960 – 1970. Analysen und Berichte. Sonderband der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 1970, S. 257 – 268.